

Gesetzentwürfe und ihre parlamentarische Behandlung in der 15. Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg

Aktualisiert am 04.02.2016

In aller Kürze: Das Ergebnis in Zahlen

173 Gesetzesbeschlüsse hat der Landtag zwischen Mai 2011 und Januar 2016 gefasst; in 70 Fällen hat die FDP/DVP-Fraktion das Gesetz abgelehnt; in 101 Fällen hat sie zugestimmt und sich in zwei Fällen enthalten.

Zustimmung und Ablehnung fällt je nach Themenbereich höchst unterschiedlich aus:

Themenbereich	Gesetzes- beschlüsse	Zustimmung der FDP/DVP
Finanzen und Wirtschaft	29	12
Verkehr und Infrastruktur, Soziales und Gesundheit	28	18
Integration	6	3
Innen- und Rechtspolitik	78	59
Umwelt, ländlicher Raum	16	4
Bildung und Wissenschaft	16	5

20 Gesetzentwürfe hat die FDP/DVP-Fraktion in dieser Zeit in den Landtag eingebracht; drei davon interfraktionell. Die verbleibenden dreizehn Gesetzentwürfe wurden von der Landtagsmehrheit ausnahmslos abgelehnt.

Unterschiedliche Kategorien von Gesetzentwürfen

Schon diese kurze Übersicht legt es nahe, nach den Gründen zu fragen, warum es in dem einen Themenbereich sehr häufig zur Zustimmung der liberalen Opposition zu Gesetzesbeschlüssen kommt, während dies in anderen Bereichen die seltene Ausnahme darstellt.

1. Es gibt eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen der Landesregierung, die nicht Ausfluss grün-roten Umgestaltungswillens sind, sondern – vielfach von Bundeseite oder der Europäischen Union vorgeprägt - veränderte Grundlagen für ein vernünftiges Verwaltungshandeln schaffen. Aus der nachfolgenden Übersicht gehören dazu u.a. das Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg, das Gesetz zu dem Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten oder das Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg. Gegen diese Gesetze ist aus liberaler Sicht nichts einzuwenden, so dass sie die Zustimmung der FDP/DVP-Fraktion erhalten haben.
2. In einer anderen Kategorie von Gesetzentwürfen finden sich Themen, die tief durchdrungen sind von grün-roter Ideologie: Das Verbot der Zweckentfremdung und des Leerstands von Wohnungen gehört dazu, oder die Tariftreue- und Mindestlohnregelung bei öffentlichen Aufträgen in Baden-Württemberg, beides ohne Rücksicht auf Gesichtspunkte ökonomischer Vernunft durchgesetzt. Hier ist klar, dass es von liberaler Seite nur ein klares Nein geben konnte.
3. In eine dritte Kategorie gehören Gesetzentwürfe, bei denen ein Handlungsbedarf fraktionsübergreifend gesehen wird, die richtigen Wege der Problemlösung aber unterschiedlich gesehen werden. Hier haben wir Liberalen entweder eigene Gesetzentwürfe eingebracht oder Änderungs- und Entschließungsanträge zu Gesetzentwürfen der Regierung gestellt. Mit diesen Initiativen beabsichtigte die FDP/DVP-Fraktion, aus liberaler Sicht alternative Wege aufzuzeigen oder den Regierungsentwürfen die „Giftzähne“ zu ziehen und sie dadurch auch für uns zustimmungsfähig zu machen. Beispiele sind Anträge zum Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/14 oder zum Flüchtlingsaufnahmegesetz. Die Regierungsfaktionen verweigerten sich solchen Vorschlägen jedoch beharrlich, so dass uns am Ende nur die Ablehnung blieb.

4. Ein letzte Kategorie von Gesetzentwürfen schließlich sind die, mit denen die FDP/DVP-Fraktion versucht, die Regierung oder die Regierungsfractionen „zum Jagen zu tragen“. Der Gesetzentwurf zur Aufstockung des Pensionsfonds des Landes, die wiederholten Gesetzentwürfe für eine Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung, der Gesetzentwurf zur Verankerung der Ganztagsschule im Schulgesetz oder die Entwürfe eines Ersten, Zweiten und Dritten Gesetzes zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes Baden-Württemberg gehören in diese Kategorie, die meist zwei (unterschiedliche) Zielsetzungen aufweist: Grün-Rot bei ihren eigenen Ansprüchen zu packen und sie dazu zu zwingen, ihren Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen; und zugleich liberale Alternativen der Umsetzung zu formulieren, die (Mehrheiten vorausgesetzt) Einfluss in konkrete Gesetzgebung finden könnten.

Die eigenen Gesetzentwürfe

Zunächst eine Übersicht zur letzten Kategorie, zu den eigenen Gesetzentwürfen der Fraktion der FDP/DVP:

Haushalt und Finanzen

1. **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über einen Versorgungsfonds des Landes BW/**
Drs. [15/206](#) (05.07.2011)
Erhöhung des monatlichen Zuführungsbetrags von 500 auf 1.200 Euro; regelmäßige Dynamisierung dieses Betrags im Ausmaß der linearen Erhöhung der Beamtengehälter
2. **Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW/** Drs. [15/503](#) (16.09.2011)
Aufnahme der Schuldenbremse des Grundgesetzes in die Landeverfassung; unverzügliche Umsetzung des Verbots der Neuverschuldung; Anpassung der Landeshaushaltsordnung
3. **Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht/** Drs. [15/1571](#) (17.04.2012)
Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte, insbes. mit spekulativen Papieren und Finanzinstrumenten, in der Gemeindeordnung

4. **Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW, zur Ausführung von Art 84 und 84a der Verfassung und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)** / Drs. [15/3239](#) (15.03.2013)

Verankerung der dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes in der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung durch Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs. 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verzicht auf volle Ausschöpfung der Übergangsfristen für das Verbot einer Nettokreditaufnahme des Landes bis 2020 gemäß Art 143 d Grundgesetz; Nettoneuverschuldung Null mit dem Haushaltsjahr 2016 zu erreichen

5. **Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg**

Drs. [15/6098](#) (06.11.2014)

Durch den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn für Arbeitnehmer und für die meisten Praktikanten in Höhe von 8,50 € brutto je Stunde entfällt der Regelungszweck des Tariftreue und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG). Vermeidung von unnötiger Bürokratie und Schaffung von Rechtssicherheit für Unternehmen.

6. **Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos im kommunalen Haushaltsrecht (Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung)**

Drs. [15/7340](#) (25.08.2015)

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos in der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg

Bildung und Wissenschaft

7. **Gesetz zur Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW)** / Drs. [15/4025](#) (12.09.2013)

Verankerung der Ganztagschule in offener wie gebundener Form im Schulgesetz; Begriffsdefinition, zeitliche und inhaltliche Ausgestaltung sowie Förderungsgrundsätze der Ganztagschule; Neuregelung der Zuständigkeiten von Land, Kommunen und Schulen im Errichtungsverfahren

8. **Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze** / Drs. [15/416](#) (10.08.2011)

Stärkung der studentischen Mitbestimmung durch die Einführung von Studentenparlamenten, Wahrnehmung der fachlichen und hochschulpolitischen Belange der Studierenden, Einräumung eines Mitentscheidungsrechts über die Verwendung von Studiengebühren; Änderung des Studentenwerkgesetzes und des Landeshochschulgebührengesetzes

Energie

9. **Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes**/ Drs. [15/1496](#) (27.03.2012)
Verpflichtung der Regionalverbände unter Beteiligung der Gemeinden zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen, die zugleich die Eigenschaft von Eignungsgebieten nach dem Raumordnungsgesetz haben müssen; Änderung des Landesentwicklungsplans 2002

Ländlicher Raum

10. **Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer (Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes)**
Drs. [15/6729](#) (14.04.2015)
Streichung der Ermächtigung von Stadt- und Landkreisen, eine Steuer auf die Jagdausübung zu erheben.

Innen und Recht

11. **Gesetz zur Einführung der Direktwahl der Landräte**/ Drs. [15/1566](#) (16.04.2012)
Festlegung der Volkswahl des Landrats sowie eines Zustimmungsquorums von 15 % der Wahlberechtigten; Änderung der Landkreisordnung
12. **Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher in der Kommunalpolitik**/
Drs. [15/1674](#) (08.05.2012)
Verbesserung der Partizipation von Jugendlichen auf kommunaler Ebene, insbes. durch die Einrichtung eines Jugendgemeinderats; Regelung der Beteiligungsrechte im Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung
13. **Informationsfreiheitsgesetz für BW**/ Drs. [15/3114](#) (25.02.2013)
Schaffung eines allgemeinen Anspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Landesbehörden analog zur Regelung durch das entsprechende Bundesgesetz (Informationsfreiheitsgesetz - IFG, vom 05.09.2005) bei Bundesbehörden, insbes dynamischer Verweis auf Formulierungen und Begründungen des Bundesgesetzes; Ausnahme von Landesbehörden mit Aufgaben im Sinne des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes vom Anspruch auf Informationszugang; Erhebung von Gebühren und Auslagen unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes; Übernahme der Aufgabe des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

14. **Erstes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)** / Drs. [15/4078](#) (25.9.2013)
Senkung des Quorums für eine erfolgreiche Volksabstimmung in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Drittel der Stimmberechtigten auf ein Fünftel der Stimmberechtigten

15. **Zweites Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)** / Drs. [15/4079](#) (25.09.2013)
Senkung des Quorums für ein erfolgreiches Volksbegehren in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Sechstel der Stimmberechtigten auf ein Zehntel der Stimmberechtigten

16. **Drittes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)** / Drs. [15/4080](#) (25.09.2013)
Einführung eines Rechts der Bürger auf Einbringung einer Volksinitiative in der Landesverfassung für das Land BW betreffende Gegenstände politischer Willensbildung nach Unterzeichnung von mindestens 50000 Wahlberechtigten; Beratungsanspruch durch das Innenministerium für Vertrauensleute einer Volksinitiative zu deren Vorbereitung; Befassungspflicht für den Landtag innerhalb von sechs Monaten nach Zustandekommen der Initiative; Recht zur Einleitung eines Volksbegehrens nach Ablehnung einer Volksinitiative mit einem Gesetzentwurf als Gegenstand durch den Landtag

17. **Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)**
Drs. [15/6893](#) (13.05.2015)
Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

Und ferner drei interfraktionelle Gesetzentwürfe:

Soziales

18. **Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes**/ Drs. [15/4543](#) (gemeinsam mit den anderen Fraktionen) (20.12.2013)
Anpassung und Modernisierung des Bestattungsrechts zur Ausübung jüdischer und muslimischer Kultur und Tradition im Umgang mit Verstorbenen, insbes Aufhebung der Sargpflicht und Möglichkeit der Erdbestattung in Tüchern sowie Aufhebung der grundsätzlichen Mindestdauer bis zur Bestattung

Landtagsangelegenheiten

19. **Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes**/ Drs. [15/1726](#) (gemeinsam mit den anderen Fraktionen) (18.05.2012)
Anpassung von Regelungen zur Aufwandsentschädigung an die Erfordernisse der Praxis, Erstattung aller mandatsbedingten Fahrten, Bestimmung der Wegstreckenentschädigung durch Verweisung auf das Landesreisekostengesetz, Einräumung eines Budgets für die mandatsbedingte Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen; redaktionelle Änderungen
20. **Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes**/ Drs. [15/1840](#) (gemeinsam mit den anderen Fraktionen) (21.06.2012)
Anpassung an einige Änderungen der Geschäftsordnung des Landtags; Ergänzung der Gesetzesbezeichnung um eine amtliche Kurzbezeichnung und eine amtliche Abkürzung; redaktionelle Änderungen

Im Folgenden eine Übersicht zu den verschiedenen Gesetzentwürfen der (s.o.) ersten, zweiten und dritten Kategorie, aus der neben den Hinweisen zum Abstimmungsverhalten auch zu entnehmen ist, in wie weit die Fraktion mit Änderungsanträgen versucht hat, das parlamentarische Verfahren und die öffentliche Berichterstattung dazu mit zu beeinflussen:

Zum Verhalten der FDP/DVP-Fraktion zu Gesetzentwürfen von Regierung und Regierungsfractionen

Haushalt, Finanzen und Wirtschaft

Name des Gesetzes	Eventuelle Initiativen zum Gesetz und Abstimmungsverhalten
Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2011 (15/0481)	7 Anträge, u.a. zur Absenkung der Nettokreditaufnahme auf Null sowie zum Feuerwehrwesen, zur überbetrieblichen Bildung und zur Unwetterhilfe, interfraktioneller Antrag zur Ausstattung des Landtags mit IuK u.a. Nach Ablehnung unserer Anträge und wegen der falschen Zielrichtung des Nachtrags (Personalstellen bei den Ministerien für Verkehr und für Integration; Aufhebung von Sparmaßnahmen der Vorgängerregierung) Ablehnung insgesamt
Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer (15/0812)	Ablehnung der Erhöhung von 3,5 auf 5%
Haushaltsbegleitgesetz 2012 (15/1258)	Ablehnung wegen der Unausgewogenheit der Konsolidierungsmaßnahmen
Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2012 (15/1259)	Zustimmung (Übertragung der Tarifabschlüsse auf den Beamtenbereich)
Staatshaushaltsgesetz 2012 (15/1293)	26 Änderungsanträge zum Haushalt; bis auf einen interfraktionellen Antrag zum Landesbeauftragten für den Datenschutz ausnahmslos abgelehnt Ablehnung wegen der Unausgewogenheit der Konsolidierungsmaßnahmen und des Haushalts insgesamt (bei Zustimmung zu einzelnen Kapiteln)
Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts (15/2122)	Zustimmung
Haushaltsbegleitgesetz 2013/14 (15/2815)	Änderung einer Vielzahl von Gesetzen; teils Zustimmung, teils Ablehnung. Insgesamt Ablehnung wegen der unzureichenden Neuregelung des § 18 LHO in Konkurrenz zu den gleichzeitig abgelehnten Gesetzesanträgen zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung

Staatshaushaltsgesetz 2013/14 (15/2821)	32 Änderungsanträge zum Haushalt; bis auf Interfraktionelle Anträge (u.a. zum Datenschutz sowie zum Eisenbahnbundesamt) ausnahmslos abgelehnt Ablehnung des Haushalts wegen der übermäßigen Steigerungsraten des Haushalts, der unzureichenden Konsolidierungsanstrengungen und der Verschiebung der Anwendung der Schuldenbremse auf den letztmöglichen Termin
Tariftreuer- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge	Ablehnung
Gesetz über einen Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz 2013/14 (15/3443)	Anträge zur Erhöhung der Transparenz bei Ausschreibung und Vergabe von Verkehrsleistungen Ablehnung des Gesetzes nach Ablehnung der eigenen Änderungsanträge
Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/14 (15/3772)	Antrag, die Absenkung der Eingangsbesoldung rückgängig zu machen, als Voraussetzung für eine Zustimmung zum Gesetz insgesamt (zeitliche Verschiebung der Besoldungsanpassung) Ablehnung des Gesetzes insgesamt, nachdem das Verständigungsangebot der FDP-Fraktion abgelehnt worden war
Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (15/4303)	Zustimmung zum Gesetz (Ausdehnung der Rückwirkung der Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in die ehebezogene Regelungen des Dienstrechts)
Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes (15/4407)	Antrag zur Beibehaltung des Bezugs auf einkommensteuerrechtliche Regelungen im Reisekostenrecht Ablehnung des Gesetzes nach Ablehnung des eigenen Änderungsantrags
Zweckentfremdungsverbotsgesetz (15/4531)	Ablehnung
Gesetz über einen Zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz 2013/14 (15/4532)	Ablehnung wegen der politischen Ablehnung zentraler Inhalte des Nachtrags (Polizeistruktur, Nationalpark) und der mangelnden Seriosität der Finanzplanung (400 Mio. p.a. aus Steuererhöhungen vom Bund)
Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (15/4533)	Zustimmung (Inhalte weitestgehend zwischen Landesregierung und kommunalen Landesverbänden abgestimmt)
Gesetz über einen Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz 2014 (15/	Ablehnung aufgrund der Weigerung der grün-roten Mehrheit, die Nettokreditaufnahme den höheren Steuereinnahmen und vorhandenen Reserven entsprechend abzusenken
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht (15/5445)	Zustimmung

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes (15/5870)	Zustimmung
Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative (GQP) (15/5935)	Ablehnung wegen unnötiger Reglementierungen für den Einzelhandel in Innenstädten
Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW (15/6098)	Abgelehnt, Gesetzentwurf der FDP zur Vermeidung der Doppelung einer Landesregelung mit dem MiLoG
Bildungszeitgesetz BW (BzG BW) (15/6403)	Ablehnung, da Rechtsanspruch für Beschäftigte in BW gegenüber Arbeitgebern bei voller Weiterbezahlung der Bezüge zur Weiterbildung unnötig Weiterbildungsinhalte zu vage definiert sind.
Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze (15/7857)	Ablehnung, da die Kammerzuständigkeiten überproportional aufgewertet werden und eine bundeseinheitliche Regelung bei Berufsankennungen nicht angestrebt wird.

Soziales und Verkehr

Name des Gesetzes	Eventuelle Initiativen zum Gesetz und Abstimmungsverhalten
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (15/689)	Zustimmung, rein verwaltungstechnisches Gesetz zur Administration.
Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (Vorranggebiete für Windkraftanlagen, 15/1368)	Ablehnung Entwurf der Landesregierung. Einbringung eigener Gesetzentwurf (15/1496), der Planungshoheit der Regionalverbände erhalten hätte, statt dem Nebeneinander Regionalverbände/Gemeinden, wie es der Regierungsentwurf vorsieht. Ebenso Einführung modifizierter Vorranggebiete.
Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Verbot Steine aus Kinderarbeit per Friedhofssatzung, 15/1648)	Enthaltung, da hinreichende Zertifizierung zweifelhaft und materieller Mehrwert höchst fraglich. Zudem Zweifel an Regelungsbefugnis.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesblindenhilfe (Umsetzung des Beschäftigungslandprinzips der Europäischen Union sowie Bestimmungen zum Verfahrensrecht und Gerichtszweig, 15/1872).	Zustimmung.
Gesetz zu dem Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (15/1957)	Zustimmung.
Gesetz zur Aufhebung des Fahrberechtigungsgesetzes (15/1960)	Zustimmung. Gesetz wurde entbehrlich.
Gesetz zur Aufhebung des Sammlungsgesetzes (15/2384)	Zustimmung. Gesetz wurde entbehrlich.
Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung, Rauchmelderpflicht (15/3251)	Ablehnung. Hierzu wurde ein eigener Änderungsantrag eingebracht, der die Nachrüstpflicht um ein Jahr verlängern sollte.
Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW (Ermöglichung Zwangsbehandlung, 15/3408)	Zustimmung.
Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes, Aufhebung Sargpflicht (15/4543)	Zustimmung. Gemeinsamer Gesetzentwurf der Fraktionen.
Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG) (15/4852)	Ablehnung. Umfassender Änderungsantrag, von dem die Regierung schließlich drei Punkte aufgegriffen hat. Insgesamt ging es um die Größe zulässiger Wohnformen, Bürokratieabbau und die Pflicht zur Evaluation.
Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (15/5166)	Zustimmung, rein verwaltungstechnisches Gesetz zur Administration.
Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung (15/5294)	Ablehnung wegen Zwangsbegründung und Pflicht zu überdachten Radstellplätzen (2 je Wohnung)
Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (15/5521)	Zustimmung und Entschließungsantrag aller Fraktionen bezüglich Evaluation;
Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz (15/5757)	Zustimmung

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - L-BGG) (15/5936)	Zustimmung zu Abschnitt 1 bis 3 mit §§ 1 bis 12. Ablehnung Abschnitt 4 und 5 mit §§ 13 bis 18; Hintergrund: Die Mittel für kommunale Behindertenbeauftragte werden aus Kapitel 0905 Titel 684 76 – Zuschüsse für Projekte und Maßnahmen an sonstige Träger entnommen und fehlen daher für konkrete Inklusionsvorhaben. Zudem gemeinsamer Beschluss zur Gesetzesevaluation.
Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW (15/5937)	Zustimmung
Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW (15/6405)	Ablehnung, da Risiken für das Land unüberschaubar.
Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart (15/6570)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (15/7416)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes (15/7678)	Zustimmung
Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in BW und zur Änderung anderer Gesetze (15/7722)	Ablehnung, da im Wesentlichen bereits bestehende Gremien eine gesetzliche Grundlage erhalten.
Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung anderer Vorschriften (15/7723)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes (15/7802)	Zustimmung

Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW Chancengleichheitsgesetz - ChancenG) und zur Änderung anderer Gesetze (15/7844)	Ablehnung, da Gesetz nur öffentlichen Dienst ins Auge nimmt und mit über 2,41 Mio. Euro kommunale Frauenbeauftragte, die vielfach schon vorhanden sind, finanziert.
Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes (15/7845)	Zustimmung

Integration

Name des Gesetzes	Eventuelle Initiativen zum Gesetz und Abstimmungsverhalten
Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW) (15/4325)	Zustimmung, da Regelungen zur Anerkennung landesrechtlich geregelter Berufe parallel den Bundesregelungen der alten schwarz-gelben Bundesregierung im Gesetzesentwurf
Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften (15/4352)	Um auch zukünftig eine adäquate Kostenerstattung für die Kommunen sicherzustellen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, wonach ein Kosten-Monitoring und eine eventuelle Anpassung der Pauschalen im Ganzen erfolgen soll. Ablehnung des Gesetzes nach Ablehnung des eigenen Änderungsantrags (15/4516-3)
Gesetzes zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung Gesetzes zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (15/7783) am 25.11.15	Zustimmung, da Umsetzung europ. Rechts ohne Einfärbung durch grün-rot
Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Baden-Württemberg (15/7784) am 25.11.15	Ablehnung wegen Eingriff in unternehmerische Freiheit und handwerklichen Defiziten im Gesetz
Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)	Zustimmung
Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften	Ablehnung.

Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Name des Gesetzes	Eventuelle Initiativen zum Gesetz und Abstimmungsverhalten
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (15/2121)	Ablehnung. Die Umstrukturierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) wurde durch den Neuzuschnitt der Ministerien unter Grün-Rot erforderlich, welchen die FDP/DVP-Fraktion als unnötig und teuer kritisiert hatte. Folglich lehnte die FDP/DVP-Fraktion auch die Umstrukturierung der LUBW ab.
Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg (15/3842)	Ablehnung. Die FDP/DVP-Fraktion kritisierte, dass das Gesetz weitestgehend inhaltslos blieb und stattdessen hinsichtlich konkreter Klimaschutzmaßnahmen auf ein noch zu erarbeitendes Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) verwies. Denn diese Vorgehensweise ermöglicht es der Landesregierung, die eigentliche Klima- und Energiepolitik am Parlament vorbei zu betreiben. Ein gemeinsamer Änderungsantrag der FDP/DVP- und der CDU-Fraktion zur Befassung des Parlaments mit dem IEKK wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt.
Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts in Baden-Württemberg (15/4404)	Ablehnung. Aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion war die im Gesetz vorgesehene Ausweisung neuer Hochwasserschutz- und Überschwemmungsgebiete sowie die damit verbundenen Nutzungseinschränkungen ebenso inakzeptabel wie die eigentums- und nutzungsfeindlichen Regelungen für sogenannte „Gewässerrandstreifen“ in der Landwirtschaft. Zwei gemeinsame Änderungsanträge der FDP/DVP- und der CDU-Fraktion unter anderem zur Gewässerrandstreifen-Problematik wurden von den Regierungsfractionen abgelehnt.
Gesetz zur Änderung des Bauprodukte-Marktüberwachungsdurchführungsgesetzes (15/4995)	Zustimmung. Das Gesetz setzt die Vorgaben einer EU-Verordnung um. Der wesentliche Inhalt der Gesetzesänderung besteht darin, dass anstelle aller vier Regierungspräsidien künftig das Regierungspräsidium Tübingen einheitlich und flächendeckend als untere Marktüberwachungsbehörde für Bauprodukte fungiert.
Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (15/6137)	Ablehnung. Die FDP/DVP-Fraktion kritisierte das Gesetz als „abgespeckte Ökovariante des Informationsfreiheitsgesetzes“ und wegen des Kostenaufbaus für Investoren.
Gesetz zur Nutzung erneuerbare Wärmeenergie in Baden-Württemberg (15/6608)	Ablehnung. Vor allem die Erhöhung des Pflichtanteils erneuerbarer Energien beim Heizungstausch von 10 auf 15 Prozent sowie die Ausweitung des Geltungsbereichs auf Nichtwohngebäude verschlimmern den Sanierungstau.

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (15/7894)	Zustimmung. Es ging um eine einvernehmliche und sinnvolle Zentralisierung von Verwaltungsstrukturen, die in den Hoheitsbereich der 16 Länder fallen.
--	--

Ländlicher Raum und Verbraucherschutz

Name des Gesetzes	Eventuelle Initiativen zum Gesetz und Abstimmungsverhalten
Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes (15/1040)	Ablehnung. Das Gesetz führte ein Umbruchverbot für Dauergrünland ein. Die FDP/DVP-Fraktion stimmte gegen das Gesetz, weil es einen massiven Eingriff in die Eigentumsrechte und die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen darstellt.
Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für Baden-Württemberg (15/1440)	Ablehnung. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf des Ministeriums für Ländlichen Raum sah die lange von den Fischereiverbänden geforderte Absenkung des Mindestalters zur Erlangung des Jugendfischereischeins vor. Nachdem auf Drängen der grünen Landtagsfraktion diese zentrale Änderung zur Erleichterung der Nachwuchsarbeit wieder aus dem Entwurf gestrichen wurde, stimmte die FDP/DVP-Fraktion gegen das Gesetz.
Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften (15/4406)	Ablehnung. Der Nationalpark stieß im Nordschwarzwald auf eine mehrheitliche Ablehnung in der Bevölkerung und ist für eine seit Jahrhunderten vom Mensch aktiv genutzten Kulturlandschaft die falsche Schutzgebietsform.
Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes (15/6132)	Ablehnung. Das Gesetz ist aufgrund der vielen zeitlichen und sachlichen Verbote bei der Jagdausübung zutiefst eigentumsfeindlich sowie bevormundend. Zudem führt es hinsichtlich seiner Wildschadensregelungen zu erheblicher Rechtsunsicherheit.
Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen (15/6858)	Ablehnung. Nach Artikel 20a des Grundgesetzes ist es ausdrücklich die Aufgabe des Staates, den rechtlichen Rahmen zum Schutz der Tiere zu schaffen und dessen Vollzug gewährleisten. Angesichts dieses unmissverständlich formulierten Staatsziels ist die Übertragung entsprechender Rechte auf demokratisch nicht legitimierte private Verbände nicht zu rechtfertigen.
Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege (15/7033)	Ablehnung. Auch wenn die FDP/DVP-Fraktion einzelnen Kapiteln des Gesetzes zustimmen konnte, war die grün-rote Hauptstoßrichtung, den Vorrang des freiwilligen Vertragsnaturschutzes zu schwächen und mehr auf eigentumsfeindliche Verpflichtungen zu setzen, nicht mitzutragen.
Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes (15/7853)	Ablehnung. Die fristlose Verlängerung des Grünlandumbruchverbotes war inakzeptabel.

Inneres/Recht

Name des Gesetzes	Eventuelle Initiativen zum Gesetz und Abstimmungsverhalten
Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Absenkung des Quorums für eine Volksabstimmung auf ein Fünftel der Stimmberechtigten) (15/216)	Zustimmung
Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz), (15/496)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze (15/688)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag - GlüStV) (15/690)	Ablehnung
Gesetz zur Bestimmung der nach § 78 Abs. 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden (15/698)	Zustimmung
Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (15/768)	Zustimmung
Gesetz zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder (15/856)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes (15/1011)	Zustimmung
Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder (15/1570)	Der Gesetzentwurf war schon allein deshalb von uns abzulehnen, weil er verfassungsrechtlich problematische Regelungen enthielt, mit Entscheidung vom 17.06.2014 erklärte der Staatsgerichtshof das Gesetz für teilweise verfassungswidrig.
Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (15/1726)	Zustimmung zum interfraktionellen Gesetzentwurf
Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes (15/1840)	Zustimmung zum interfraktionellen Gesetzentwurf

Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts (15/2138)	Ablehnung des Gesetzentwurfs bei Zustimmung zum interfraktionellen Entschließungsantrag
Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde (15/2646)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften (15/2404)	Zustimmung
Landesglücksspielgesetz (LGlüG) (15/2431)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des PolizeiGesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des PersonenstandsGesetzes (15/2434)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes und weiterer medienrechtlicher Vorschriften (Finanzierung) (15/2435)	Zustimmung
Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in BW (15/2450)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes (15/2451)	Zustimmung
Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnissegesetz - JWBG) (15/3076)	Zustimmung nach Einbringung eines interfraktionellen Änderungsantrages
Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften (15/3119)	Ablehnung des Gesetzentwurfes bei Zustimmung zum Interfraktionellen Entschließungsantrag
Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes (15/3161)	Zustimmung
Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder (15/3210)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW (15/3408)	Zustimmung
Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturereform (15/3496)	Ablehnung
Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in BW (15/3643)	Zustimmung

Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens in BW (15/4019)	Ablehnung
Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges (15/4117)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, des Landesrichter- und -Staatsanwaltsgesetzes und anderer Vorschriften (15/4224)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze (15/4282)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes (15/4384)	Zustimmung
Gesetz zu dem Vertrag des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband BW e.V. (15/4401)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes (15/4421)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit	Zustimmung
Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und zur Änderung medienrechtlicher und datenschutzrechtlicher Vorschriften (Umsetzung der Novellierung) (15/4223)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes (15/5791)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften (15/5837)	Zustimmung
Gesetz über die Gestaltung und Durchführung des Jugendarrestes in BW (15/5838)	Zustimmung
Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (15/6046)	Zustimmung

Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften (15/6235)	Zustimmung
Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz (15/6471)	Zustimmung
Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (15/6594)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Gesetze (15/6618)	Zustimmung
Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften (15/6654)	Zustimmung
Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes (15/6746)	Zustimmung
Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk (15/6779)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes (15/7135)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie) (15/7178)	Zustimmung
Gesetz zur Reform des Wappenrechts (15/7196)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung und Volksbegehren (15/7330)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof) (15/7378)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Stichwort: Staatsziele) (15/7412)	Zustimmung
Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (15/7415)	Zustimmung
Änderung des Feiertagsgesetzes (FTG) (15/7486)	Zustimmung

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (15/7556)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes (15/7612)	Zustimmung
Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in BW sowie zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Landesbeamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften (15/7614)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes (15/7715)	Zustimmung
Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit (IFG) (15/7720)	Zustimmung
Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung anderer Vorschriften (15/7723)	Zustimmung
Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW) (15/7724)	Zustimmung
Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes (15/5363)	Enthaltung
Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturreform (15/3496)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes und anderer Vorschriften (15/4224)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften (15/7265)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des Landesglücksspielgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 201 (15/7443)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften (15/7552)	Ablehnung
Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindewirtschaftsrecht) (15/7610)	Ablehnung

Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzgesetzes (15/7613)	Ablehnung
--	-----------

Kultus, Jugend, Sport/Wissenschaft, Forschung und Kunst

Name des Gesetzes	Eventuelle Initiativen zum Gesetz und Abstimmungsverhalten
Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes (UniMed-RüG) (15/631)	Ablehnung, da der Gesetzentwurf ein Gesetz zurücknahm, das CDU und FDP gegen Ende der vorangegangenen Legislaturperiode beschlossen hatten.
Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW (Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung) (15/823)	Ablehnung des Gesetzentwurfs der Landesregierung wegen erheblicher negativer Auswirkungen der überstürzten und unvorbereiteten Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf das Schulsystem und seine Schularten; einen Entschließungsantrag von CDU und FDP auf Erarbeitung eines Beratungskonzepts lehnte Grün-Rot ab.
Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG) (15/902)	Ablehnung des Gesetzentwurfs der Landesregierung; einen Entschließungsantrag von CDU und FDP auf Einsetzung einer Expertenkommission zur Hochschulfinanzierung einschließlich nachlaufender Studiengebühren lehnte Grün-Rot ab.
Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze (hauptsächlich Änderungen bei der Werkrealschule) (15/941)	Insgesamt Ablehnung, da Grün-Rot mit diesem Gesetz das berufspraktische Profil der neuen Werkrealschule abwickelte; Zustimmung der FDP zu Abschnitten bezüglich Schülermitverantwortung und Privatschulfinanzierung.
Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze (hauptsächlich Einführung der Gemeinschaftsschule) (15/1466)	Insgesamt Ablehnung des Gesetzentwurfs der Landesregierung; einen Entschließungsantrag der FDP auf Genehmigung von Schulkooperationen und -Verbünde lehnte Grün-Rot ab. Abschnitte zu Privatschulfinanzierung erhielten die Zustimmung der FDP.
Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz - KIT-WG) (15/1495)	Zustimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung, der die Autonomie des KIT weiter stärkte.
Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG) (15/1600)	Insgesamt Ablehnung des Gesetzentwurfs der Landesregierung; FDP hatte einen eigenen Gesetzentwurf für ein Studentenparlament als Alternative eingebracht sowie einen Entschließungsantrag zu einer Abstimmung unter den Studierenden, die Grün-Rot jeweils ablehnte. Dem Abschnitt „akademische Weiterbildung“ stimmte die FDP zu.

<p>Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG) (Erweiterung des Fachkräftekatalogs für den Erzieherberuf) (15/3209)</p>	<p>Zustimmung der FDP zum Gesetzentwurf der Landesregierung und zu einem interfraktionellen Änderungsantrag; einen gemeinsamen Entschließungsantrag von CDU und FDP auf Evaluation des erweiterten Fachkräftekatalogs lehnte Grün-Rot ab.</p>
<p>Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes HRÄG) (15/4684)</p>	<p>Insgesamt Ablehnung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, aber Zustimmung der FDP zu einzelnen Abschnitten. In der zweiten Lesung stellte die FDP sechs Änderungsanträge und einen Entschließungsantrag sowie zwei gemeinsame Änderungsanträge mit der CDU, die alle von Grün-Rot abgelehnt wurden. In der Ausschussberatung hatte die FDP acht Änderungsanträge und einen Entschließungsantrag, drei gemeinsame Änderungsanträge mit der CDU und einen gemeinsamen interfraktionellen Antrag zur Beteiligung des Wissenschaftsrats beim Promotionsrecht für HAW gestellt, der auf die Initiative der FDP/DVP zurückging.</p>
<p>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes bezüglich der regionalen Schulentwicklung (15/5044)</p>	<p>Ablehnung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, da die Verantwortlichen vor Ort keine umfassenden Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, sondern hauptsächlich Schulschließungen absegnen sollen.</p>
<p>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Vorschriften (vor allem Ganztagsgrundschule) (15/5512)</p>	<p>Ablehnung, da die FDP/DVP-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht hatte, der die Verankerung der offenen UND der gebundenen Ganztagschule ins Schulgesetz begehrte (15/4025)</p>
<p>Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes (Anhebung der Kopfsatzzuschüsse) (15/6136)</p>	<p>Zustimmung. Ein Entschließungsantrag der FDP/DVP-Fraktion auf Einbeziehung der Kosten für Inklusion, Ganztagsbetreuung und Schulsozialarbeit wurde abgelehnt (15/6111-1)</p>
<p>Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz) (15/6832)</p>	<p>Ablehnung, da einziger Inhalt des Gesetzentwurfs die Rücknahme der studentischen Mitbestimmung über die Qualitätssicherungsmittel war; Antrag im Wissenschaftsausschuss zur Neufassung des Gesetzstitels gestellt (15/6754-2)</p>
<p>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Vorschriften (Inklusion) (15/7172)</p>	<p>Insgesamt Ablehnung, da aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion unausgegoren und ungeeignet, um den hohen Standard bei der sonderpädagogischen Bildung und Betreuung auch zukünftig zu sichern. Jedoch Zustimmung zu einzelnen Abschnitten des Gesetzentwurfs. Sechs Änderungs- und Entschließungsanträge der FDP/DVP-Fraktion wurden abgelehnt (15/7165)</p>
<p>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg (Gesetz zur Weiterentwicklung der Realschule, Bildungspläne 2016 und Ganztagsgrundschule) (15/7464)</p>	<p>Insgesamt Ablehnung, da hiermit aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion an der Realschule die Gemeinschaftsschule durch die Hintertür eingeführt und das Prinzip eines Bildungsplans für jede Schulart aufgegeben wird. Jedoch Zustimmung zu einem Abschnitt, der Flexibilisierungen bei der Ganztagsgrundschule vorsah. Drei Änderungs- und Entschließungsanträge der FDP/DVP-Fraktion wurden abgelehnt (15/7451)</p>

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und des Kindertagesbetreuungsgesetzes (Kopftuch) (15/7061)	Die grün-rote Koalition verzichtete auf Weiterbehandlung des Gesetzentwurfs, nachdem Sachverständige bei einer Anhörung der Fraktionen von CDU und FDP/DVP vor Schnellschüssen warnten und die Unausgegorenheit des Gesetzentwurfs aufzeigten
--	---